

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 306.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 3. Juli 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von C. W. Thieme in Halle a. S.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Walter Gebhardt.
Verleger: Dr. Walter Gebhardt.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Postfach 87, Unterhaus.
Telephon 155; Redaktions-Zeichen 1272. Eing. Nr. 2000/09.
Verleger: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie.

Der Ausfall der letzten Reichstagswahlen hat gezeigt, daß sehr große Teile des deutschen Volkes den festen Willen haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, ihren zerschenden Einfluß auf unser Volksleben zu zerstören und den durch die sozialdemokratische Klassenkampftheorie hervorbedrohten sozialen Frieden zu retten. Weniger eilig ist man sich dagegen bei uns über das Vorgehen im einzelnen, über die Kampfmittel und über die Wege, welche zum Frieden führen. Der alte Kaiser Wilhelm zeichnete dieselben Wege klar und richtig durch seine berühmte Botschaft von 1881 in der Vereinigung von Fürstorge für Bedrängte und Schwache und von Regressionsangelegenheiten, soweit diese nötig werden würden — aber die Dinge haben sich doch recht anders entwickelt, wie der Kaiser und sein großer Ratgeber, Fürst Bismarck, gedacht hatten. Zum Teil hat diese Entwicklung sich unter dem verhängnisvollen Irrtum vieler Politiker vollzogen, daß die Sozialdemokratie eine politische Partei wie jede andere sei und demgemäß Anrecht auf Gleichberechtigung im politischen Leben habe. Wie irrig diese Ansicht ist, liegt auf der Hand und die in der letzten Wahlbewegung zutage getretene Abneigung einer grundsätzlichen Kampfstellung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie muß als Abwenden von falschen Anschauungen dankbar anerkannt werden.

Trotz solcher Wendung zum Besseren fehlt es in weiten Kreisen noch an Klarheit über die Art und Weise, wie der Kampf zu führen ist, und zwar der Kampf nicht etwa gegen die einzelnen Arbeiter, sondern gegen die unter dem Namen der sozialdemokratischen Partei zusammengefaßten Organisationen und staatsfeindlichen Mächte. Ein Hilfsmittel wirksamer Art zur Mitarbeit in diesem Kampf ist eine gerade erstehende Professur von H. Clar: „Die Sozialdemokratie. Eine Darstellung ihres Wesens, ihrer Ziele und ihrer Geschäftsmethoden.“ (Verlag: Chr. Belser, Stuttgart, 1909, Preis 80 Pf.) Der Verfasser, ein in der rechtserhebenden Praxis lange tätiger und mit dem Wesen der Sozialdemokratie durchaus vertrauter Schriftsteller, gibt nicht etwa nur geschichtliche Daten und Erklärungen des Programms der sozialdemokratischen Partei, sondern er bietet vor allem ausgezeichnetes Material für ihre Bekämpfung. Besonderen Wert legt der Verfasser auf die Rettung der Jugend aus den Händen der von Bebel geleiteten Partei. Er sagt: Wir kommen zu dem Schlusse: Ist auch der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine Machfrage zwischen Staat und Gesellschaft einerseits, so kann dieser Kampf doch nur dann zu einem vollkommenen Erfolge führen, wenn dem christlichen Gedanken über die materialistischen Anschauungen zum Siege verholfen wird. Das Bestreben, unser Volksleben mit christlichem Geiste, dem Geiste des Evangeliums zu erfüllen, muß allgemein werden, insbesondere aber ist es nötig, den Familienkreis der unteren Klassen zu kräftigen und die Jugend vor der drohenden Verderbnis zu schützen. Man kann es nur beklagen, nicht begreifen, daß bei uns in Deutschland Staaten und Parlamente tatenlos zusehen, wie unheimliche religionsfeindliche, waterlandlose Mächte die unreife, kampflose Jugend an sich reißen, um sie zu vergiften, wie schamlose Verbrechensgenossen schon auf Schulkindern entsetzlich einzuwirken, wie unzureichende Jugendliche, die soeben erst aus der Schule entlassen sind, einer „Freiheit“ überliefert werden die für sie verderblich sein muß. Es ist hohe Zeit, daß der Staat sich seiner Pflicht erinnert, den Schwachen eine Stütze zu sein. Und sind die entlassenen Schulinder nicht schon dadurch genug, um sie noch weiter mit Sünde zu umgeben, bis sie herangereift und gestiftet sind? Der Staat, der seinen Nachwuchs nicht schützt, sondern verderben läßt, der ihn seinen schlimmsten Feinden in die Hände liefert, gibt sich selbst preis, und die Regierung, die tatenlos zuseht, handelt pflichtvergessen.

Den Vorstehenden der Ballevereine, wie jedem sein Vol liebenden Deutschen sei das Clar'sche Heft warm empfohlen; es eignet sich vorzüglich zur Verbreitung in allen bürgerlichen Parteien.

Das Ergebnis der Kompromißverhandlungen?

Im Reichstage verhandelt, wie die „Magdeburger Zeitung“ erfahren haben will, mit Bestimmtheit, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der verbündeten Regierungen und der Reichstagsmehrheit zur Erzielung eines Kompromisses in der Finanzreformfrage nimmer zu einem positiven Ergebnis geführt hätten. Die Grundlage der getroffenen Verhandlungen sei folgende:

Die gesamten 500 Millionen Mark würden bewilligt, ohne daß neue Ertragsteuern vorgelegt seien. Die Gesamtsumme der indirekten Steuern werde auf 397 Millionen Mark bemessen. Von den bisherigen Steuerplänen der

Mehrheit würden fallen die Mühlenumsatzsteuer und der Kohlenausfuhrzoll. Die Kottierungssteuer werde zu ermäßigten Sätzen bewilligt, so daß sie etwa die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Summe einbringe. Ein Teil der Kottierungssteuer solle mit der Wabgabe bewilligt werden, daß er bloß für 3 Jahre Geltung habe. Zum Ersatz dieses Teiles der Kottierungssteuer solle dann die Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere von der Regierung vorgelegt werden. Der Stempel auf Feuerversicherungspolice solle in Höhe von 20 Millionen Mark bewilligt werden; vorgelegt wären 35 Millionen Mark. Grunderwerbsteuer, Wechselstempelsteuer und Effektenstempelsteuer würden bestehen bleiben. Aufrecht erhalten werde auch die Fahrkartensteuer und ebenso die Zuckersteuer, an deren Ermäßigung bekanntlich gedacht war. Die Matriculaerträge würden um 25 Millionen, d. h. auf 80 Pf. pro Kopf erhöht. Von anderer Seite werde nach bemessenen Maße allerdings bestritten, daß eine Einigung auf dieser Grundlage bereits erzielt sei, und daß es möglich sein werde, die dritte Lesung bis zum 9. Juli durchzuführen und damit die Session zu beenden, wie es in der Absicht der neuen Mehrheit liegen solle.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung hat eine besondere Bedeutung nicht mehr wie früher nur für das eigene Land, sondern hat allmählich über die Grenzen des Vaterlandes hinaus eine Bedeutung erlangt, die nicht unterschätzt werden darf. Abgesehen davon, daß in Grenzländern die Gewerkschaftsbewegung hinüberzieht, was sich insbesondere in dem gewerkschaftlichen Sperrstreik äußert, ist ein solches Borgehen in gewissem Sinne auch in anderen Fragen zu konstatieren, wenigstens insoweit, als die betreffenden Industriezweige von internationaler Bedeutung sind.

Stand noch vor einigen Jahren England an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung und galt daselbst innerlich und äußerlich der Gewerkschaftskreise als das „klassische Land der Gewerkschaftsbewegung“, so ist nunmehr Deutschland nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in sonstiger Beziehung an die Spitze aller Länder getreten, wie der soeben erschienene Bericht erweist. Die Mitgliederzahl der in den 15 dem Internationalen Sekretariat der Arbeiterkassen angehörenden Verbänden stieg im Jahre 1906 auf 6 018 592, im Jahre 1907 auf 6 505 683. Es ist also eine Zunahme von fast einer halben Million zu konstatieren. Deutschland marschiert mit beinahe zwei Millionen an der Spitze, dann folgt England mit 1,2 Millionen, dann in weitem Abstand Schweden mit 7/8 Millionen, Italien mit annähernd 400 000. Bedeutsam in Ungarn ist ein Niedergang der Gewerkschaftsbewegung zu konstatieren, während in allen übrigen Ländern dieselbe gewachsen ist. Für die 15 Länder wurden nicht weniger als 124 1/2 Millionen Mk. ausbezogen gegenüber etwa über 108 Millionen im Jahre vorher. Der Vermögensbestand stellte sich auf über 164 Millionen Mark. Das Verbandsvermögen hat in einem einzigen Jahre um nahezu 15 Mill. Mk. zugenommen.

Wie nicht anders zu erwarten, steht Deutschland mit seinen Ausgaben an der Spitze, und zwar mit den Ausgaben für Streiks und Aussperrungen. Für diesen Zweck wurden über 15 Millionen verwendet. Die Ausgaben in England stellten sich hierfür nur auf etwas über 3 Mill. Mark. Das genügt, um wieder einmal den Beweis zu erbringen, in welcher radikaler Richtung die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor sich geht. Trotz der niedergehenden Konjunktur und der damit verbundenen erhöhten Arbeitslosigkeit greifen die deutschen Gewerkschaften immer wieder zu dem genannten Mittel des Streiks und verpulvern damit das Geld ihrer Mitglieder. Wie die amtliche Statistik ausweist, werden die erfolgreichen Streiks immer seltener. Indessen müssen die Gewerkschaftsführer doch ihrer gewohnten Beschäftigung, die Arbeiter in steter Unruhe zu halten, nachgeben.

Sobald es sich um die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter aller Industrieländer handelt, anlassend sich, auch die Arbeiterbewegung auf eine immer breitere Grundlage zu stellen. Dem nur auf diese Weise kann dem solidarischen Borgehen der Gewerkschaftsbewegung ein wirksamer Riegel vorgezogen werden.

Aus Marokko.

Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Tanger vom 2. Juli telegraphiert: Am 29. Juni abends ist in Fez die Nachricht eingetroffen, daß der Kogbi die Bergstämme von Branes und die Tual, die bisher stets auf seiner Seite gestanden hatten, aber leihthin von ihm abgefallen waren, angegriffen habe, aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden sei. Mulay el Kebir hat neuerdings anheimeln ernstlich wieder

seine Unterwerfung angeboten. Seine Ankunft in Fez soll unmittelbar bevorstehen, nachdem eine Einigung über die Bedingungen der Unterwerfung erzielt worden ist. Der Sultan gab am 28. Juni dem Großwesir El Glau und dem Kad Muzi ein großes Fest im Sultanspalast. Wifa ben Amar konnte kraft seines hohen Ranges nicht daran teilnehmen.

Die Lage in Fez ist völlig ruhig. Die Karawanenstraßen nach Meknes, Rabat und Tanger sind durchwegs sicher. Die Deutschen in Fez haben täglich fünfundzwanzig bis sechszig neue Arbeiter eingestellt. Die geringste Belästigung zu erfahren. Sämtliche Klammern haben nach Fez melden lassen, daß sie bereit seien, einen spanischen Angriff mit 100 000 Gewehren zurückzuweisen, wozu jedoch sie selbst nicht angreifen, sondern die Befehle des Sultans abwarten. Man erzählt sich, daß der spanische General in Melilla mit den Stämmen im Rif einen dreimonatigen Waffenstillstand vereinbart habe, um zu Verhandlungen mit Mulay Hafid Zeit zu gewinnen.

Später geht uns nach Paris folgendes Telegramm zu: Aus Fez wird vom 29. Juni gemeldet: Da die Ankunft in Fez einzufliegen drohen, so erludete die Bevölkerung der Stadt den Madras um seinen Beistand. Dieser forderte die Mahalla von Beni Mir, auf nach Fez zu gehen, ihr Kommandant aber weigerte sich, indem er erklärte, er könne Beni Mir aus Furcht vor einem Aufstande nicht verlassen. — Der Moghi hat sein Lager sechs Stunden von Fez entfernt aufgeschlagen.

Deutsches Reich.

* Die Tabaksteuervorlage und der Reichstag. Der Reichstag nahm am Freitag bei der Abmündung über die Tabaksteuervorlage den erwiderten Jollay für Zigaretten (1000 Mk. per Doppelcentner) in einfacher Abmündung an, ebenso § 1 (Erhöhung des Gewichtes) in der Fassung der Kommission, jedoch mit der Änderung für Zigaretten. Für § 1 a (Wertholzzuschlag für Tabakblätter um 40 Prozent des Wertes) stimmten 191, dagegen 155 Abgeordnete, 10 enthielten sich der Abmündung. § 1 a ist somit angenommen, ebenso wurde der Rest des Gesetzes ohne Debatte genehmigt. (Siehe auch den Parlamentsbericht.)

In der Frage der Besetzung der Reichsbeamten soll ein Kompromiß zustande gekommen sein, so daß die Vorlage auch im Laufe der nächsten Woche, vielleicht zwischen der zweiten und dritten Lesung der Reichstagsvorlage, erledigt werden könne. Die Reichsregierung habe sich bereit erklärt, 17 Millionen mehr, als sie zuerst bewilligen wollte, für die Besetzung bereit zu stellen, so daß im ganzen 117 Millionen statt der von der Kommission ursprünglich verlangten 132 Millionen Mark erforderlich seien.

* Das Schlußgesetz des Deutschen Schulzinsgesetzes Großherzogin Elisabeth traf am 2. Juli wohlbehalten in Travemünde ein und wird am 6. Juli nach Swinemünde weitergeführt.

Deutscher Reichstag.

273. Sitzung vom 2. Juli, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Sydow, Richter, v. Reichenbach, v. Arnim.
Das Ansehen des Abg. Cwarz (nl.) geht das Haus durch Erheben von den Plätzen.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Tabaksteuer.

Abg. Streif (kon.) berichtet über die Kommissionsberatung. Abg. Mollenhuth (Soz.) hat immer glauben viele, mit dem Tabak lassen sich am bequemsten die Finanzen heilen. Man übersieht aber, daß Tabak ein Rohprodukt ist, dessen Verarbeitung sich im Reich rund 200 000 Arbeiter widmen müssen. Ein Niedergang des Konjunktur, der bei jeder erheblichen Steuererhöhung unausbleiblich ist, mindert also die Arbeitsgelegenheit. Das heißt die Finanzminister nicht an; wenn sie nur mehr Geld bekommen.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Wir halten das hier vorgeschlagene Besteuerungssystem für schwer durchführbar und für verderblich für die volkswirtschaftliche Entwicklung des deutschen Tabakgewerbes. Hier hat bisher noch der Auftrieb zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit möglich. Die Vorlage aber muß zur Konzentration der Betriebe führen, und da ist kein Unterschied zwischen Wertvoll und Wertlos, wenn auch die Verankerung vom Standpunkt des Konsumenten gerechtfertigt erscheint. Das Besteuerungssystem, für das sich auch der Deutsche Tabakverein erklärt hat, wäre trotz einzelner Mängel vorzuziehen gewesen. Die gegenwärtige Gesetzmäßigkeit der Steuererhöhung treibt mehr und mehr von der Zigarette zur Zigarette. Deshalb brachte die jüngste Zigarettensteuer keinen Konjunkturaufschwung. Aber mit der Zigarette wird es jetzt anders kommen. Was die Anträge betrifft, die Schätzungen von den Arbeitnehmern abzuheben wollen, so stimmen wir dem Antrag Stresemann zu. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab, weil er sich schon auf Einzelheiten der Entschädigung einläßt und eine Entschädigung — aber nur hier — für den Fall vorsetzt, wenn der Staat durch Majestätsbeleidigung erweist wird. Natürlich werden wir schließlich gegen die ganze Vorlage stimmen.

Abg. Schmitz (Soz.): Der Bund der Landwirte ist für das Branntweinmonopol. Was hätte aber der Tabakverein gesagt, wenn die Regierung ein Tabakmonopol gefordert hätte! (Sehr

Die Rubrik in der Rubrik... Die Rubrik in der Rubrik... Die Rubrik in der Rubrik...

Berliner Börse, 2. Juli 1909

Berliner Börse, 2. Juli 1909... Berlin, Bankdiskont 3 1/2%, Lombardzinsfuß 4 1/2%, Privatdiskont 3 1/2%.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including titles like 'Deutsche Pfandbriefe', 'Preussische Pfandbriefe', and 'Kommunale Pfandbriefe'.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including titles like 'Industrie-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Obligations-Industrie-Aktien'.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds, including titles like 'Kaufmanns-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Obligations-Industrie-Aktien'.

Vertical text on the right side of the page, possibly a list of names or a continuation of the table content.